Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 230. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 2. Oktober 1931. | 13. Jahrgang.

Geduld für heute und Hoffnung auf morgen,
Dann bist du für heute und morgen geborgen.

Ueberraschungen der Hamburger Parlaments-Wahl.

„Für Ruhe und Ordnung" war die Devise des Hamburger Senats, der in einem öffentlichen Wahlaufruf zu Gunsten der Mittelparteien sich an die Hamburger Bevölkerung wandte. Rein äußerlich betrachtet, ist dieser Wunsch eines hohen Senats erfüllt worden. Weder vor noch nach der Wahl kam es zu irgendwelchen nennenswerten Zusammenstößen politischer Gegner. Der Hamburger Senat kann mit der Haltung der sogenannten Radikalen, trotzdem er sie ständig als die „schwarzen Männer" hinstellte, zufrieden sein, wie auch dem Senat zugestanden werden muß, daß er sich frei von Wahlbehinderung hielt und allen Demonstrationswünschen gerecht wurde. Es geht also auch so, trotzdem an manchen Tagen drei Richtungen zu gleicher Zeit demonstrierten. Preußen könnte sich an Hamburg ein Beispiel nehmen und würde damit nur dazu beitragen, daß die als Benachteiligung empfundenen Ausnahmen nicht zur Verschärfung der Wahlkämpfe dienen.

Die Staatspartei schickte ihren besten Mann, den Bürgermeister Dr. Carl Petersen ins Feld, der auch weiter die Koalition mit der SPD als die einzig mögliche propagierte und damit ganz natürlich das schwer enttäuschte Bürgertum, das in der Sozialdemokratie nun einmal den Gegner sieht, der zielbewußt die Proletarisierung des Mittelstandes will, in das Lager der Rechten trieb. Die Staatspartei muß über ungeheure finanzielle Mittel verfügt haben, denn ihre Wahlpropaganda war künstlerisch ausgestattet und von anderen Parteien nicht zu übertreffen. Aber gerade diese Tatsache gab dem Mittelstand zu denken, denn gemeinhin pflegt eine Partei, die mittelstands-bürgerliche Interessen zu vertreten hat, zur Zeit nicht über allzu erhebliche Propagandamittel zu verfügen. Dem Bürgertum erschien die Aufwendung dieser Mittel gewissermaßen als Rückversicherung der von der Staatspartei vertretenen Kreise.

Die Staatspartei hat mit den übrigen Mittelparteien den gleichen Fehler gemacht. Der Kampf um die Behauptung des Bürgertums wurde zum Kampf fast ausschließlich gegen jene Rechte, die seit Jahren im steigenden Maße das unzufriedene und abwandernde Bürgertum auffängt. Wenn die Staatspartei in großer Aufmachung davon sprach: Eben das ist die Tragik Hitlers, daß er ungewollt Schrittmacher des Bolschewismus ist, so hätte sie sich, wollte sie keinen Fehlschluß begehen, sagen müssen, daß gerade das Kesseltreiben gegen eine junge und ständig erstarkende Bewegung, die dem Bürgertum als letzte Rettung vor den Sozialisten und Kommunisten erscheint, unter Umständen zur Erstarkung der Sozialisten und Kommunisten führen muß, wenn dies letzte Bollwerk gefallen ist. Die Mittelparteien müssen sich klar darüber sein, daß die Sozialisten niemals auf den Klassenkampf-Gedanken verzichtet haben, ihren Kampf gegen den Mittelstand bewußt fortsetzen (nach dem Ausspruch des Hamburger SPD-Führers von Bodeyn hat der Mittelstand keine Existenzberechtigung mehr) und eben vom Bürgertum als Totengräber des Mittelstandes empfunden werden.

Für das Deutsche Reich außerhalb Hamburgs mag das Ergebnis keine Ueberraschung mehr bedeuten, für die Hochburg der Demokratie, für Hamburg, bildet es eine sehr große Ueberraschung, die am besten durch die Wahlreminiszenzen des demokratisch-liberalen Hamburger Fremdenblattes dargetan wird. Die Hamburger Wahlen sind ja nicht nur Kommunalwahlen, sondern „Landtagswahlen" und haben wegen der Weltstellung Hamburgs als größtem europäischen Hafen Bedeutung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Dreizehn Jahre lang hat die SPD in holder Eintracht und in völliger Bindung der Staatspartei an sich regiert. In den letzten Jahren gesellte sich sehr zu ihrem Schaden die Volkspartei dieser Koalition zu und muß nun mit den beiden andern Parteien zusammen die Verantwortung tragen.

		SPD	Demokraten	Volkspartei	DNVP	NSDAP	KPD
März	1919	82	33	13	4	—	—
Februar	1921	67	23	23	18	—	17
Oktober	1924	53	21	23	28	—	24
Oktober	1927	63	16	18	25	2	27
Februar	1928	60	21	20	22	3	27
Sept.	**1931**	**46**	**14**	**7**	**7**	**43**	**35**

In diesen Zahlen spiegelt sich in erster Linie die Haltung des Bürgertums wieder, das mit der letzten Wahl den Mittelparteien die Quittung für ihre Anlehnung und ihre unentschlossene Haltung gegenüber der SPD erteilt.

Ganz auffällig ist der Rückgang der Deutschen Volkspartei, die in Hamburg die Rolle einer Partei der linken Mitte übernommen hat, ohne die Rechtsschwenkung der Volkspartei in Preußen und im Reich, sehr zu ihrem Schaden, mitzumachen.

Der Rückgang der SPD, deren Positionen in den letzten 13 Jahren ihr erlaubten, den politischen Gegner niederzuhalten, ist nicht weiter erstaunlich. Die Gewinner sind die Kommunisten, deren Hochburg in Deutschland eben die Wasserkante ist.

Der Rückgang der Staatspartei wäre selbst nach Ansicht demokratisch-liberaler Kreise noch stärker gewesen, wenn nicht als Listenführer der Bürgermeister des Staates Hamburg, Dr. Carl Petersen, aufgetreten wäre. Es ist eine Tragikomödie, daß die Staatspartei, obwohl sie 7 Sitze verloren hat, von einer „Behauptung", ja, von einem „Erfolg und Sieg" zu sprechen wagt. Und der Bürgermeister Dr. Petersen weiß auch in dieser entscheidenden Stunde für das Bürgertum Hamburgs nichts anderes zu sagen als „daß es gar keine andere Regierungsmöglichkeit gebe als die mit der SPD, daß man an seinem Ideal mutig festhalten müsse". Als ob das Bürgertum, das einmal scharf nach rechts abgerutscht ist, jemals wieder Vertrauen zu den Mittelparteien fassen könnte, zumal wenn man im Vorwege feststellt, unbedingt und grundsätzlich sich für alle Zeiten an die SPD-Politik binden zu wollen.

Der Christlich-soziale Volksdienst zieht mit zwei Abgeordneten in die Bürgerschaft ein und zwar als Listenführer Pastor Mumsen. Vielleicht hätte der Christlichsoziale Volksdienst noch bessere Ergebnisse erzielt (die Stimmenzahl ist gegenüber derjenigen von der letzten Reichstagswahl, auf Hamburg bezogen, nicht unwesentlich zurückgegangen) wenn man nicht ausgerechnet am Tage vor der Wahl den schweren taktischen Fehler begangen hätte, sich ausschließlich und einseitig gegen die NSDAP zu wenden und somit dem Kesseltreiben gegen die NSDAP noch einen Ring mehr zuzufügen. Warum dieses Abweichen von der während des ganzen Wahlkampfes eingehaltenen korrekten Linie der Ueberparteilichkeit? Wenn der Volksdienst einen Rückgang gegenüber der von ihm zur Reichstagswahl aufgebrachten Stimmenzahl in Hamburg aufzuweisen hat, so deshalb, weil seine Forderung, die er zur Reichstagswahl aufgestellt hatte, nicht in die Praxis umgesetzt wurde.

Ueber die Erfolge der Nationalsozialisten braucht nicht weiter gesprochen zu werden. Sie waren nach den Vorgängen im Reich und in Preußen nur zu selbstverständlich. Man kann eben nicht auf die Dauer gegen eine aufstrebende, junge Bewegung regieren und sie mit Ausnahme- und Sondergesetzen niederhalten. Die sprichwörtliche Objektivität des Deutschen verlangt eine gerechtere Beurteilung der zweifellos in dieser Bewegung steckenden Volkskraft. Verglichen mit der Reichstagswahl — bezogen auf Hamburg — hat auch die DNVP wieder an Boden gewonnen und zwar um zirka 30 Prozent. Die SPD hat gegenüber der Reichstagswahl etwas mehr als 10 Proz. an Stimmen eingebüßt, wobei nicht vergessen werden darf, daß der Verlust praktisch noch erheblich größer ist, weil ihr nach dem Zuwachs an Wahlberechtigten als stärkster Hamburger Partei ein entsprechender Anteil an Jungwählern hätte zufallen müssen.

Und nun die Koalitions-Möglichkeiten. Der von den Koalitionsparteien getragene Hamburger Senat hat jede tragfähige Mehrheit verloren und verfügt heute über 67 Sitze von 160, während er vorher die absolute Mehrheit hatte. Selbst wenn zu 46 Sitzen der Sozialdemokraten 14 Sitze der Staatspartei, 2 Sitze der Mittelstandspartei, 2 Sitze des Zentrums, auch noch die 2 Sitze der Christlichsozialen Volksdienstes kämen, würde eine solche Koalition über 73 von 160 Sitzen verfügen, also in der Minderheit bleiben. Dann müßte schon die Deutschnationale Volkspartei mit 9 Sitzen sich zu einer sogenannten großen Koalition bekennen, um eine tragfähige Mehrheit zu bilden, und das würde nicht ohne stillschweigende Konzessionen an die Nationalsozialisten abgehen können. Klare Mehrheitsverhältnisse gibt es nur dann, wenn Sozialdemokraten und Kommunisten die Regierung bilden und mit einer Stimme Mehrheit über allen anderen bürgerlichen Parteien stehen. Es könnte vielleicht dem Bürgertum nur zu Nutz und Frommen sein, wenn es einmal einige Monate der Diktatur der Linken ausgesetzt wäre. Hoffentlich begreifen die das Bürgertum vertretenden Mittelparteien den Sinn der Wahl, der darin liegt: Treibt eine Politik, die euch das Vertrauen des Bürgertums wieder erwirbt. Setzt euch auf allen Gebieten, besonders in der Innenpolitik, mit der SPD auseinander und führt ihren machtpolitischen Anspruch auf ein erträgliches und zulässiges Maß zurück.

Das Hamburger Wahlresultat auf Preußen übertragen bedeutet die Niederlage der Innenpolitik des Ministerpräsidenten Dr. h. c. Otto Braun und die Verurteilung der von seiner Partei, dem Zentrum und der Staatspartei gestützten Kampfmethoden, die man gegen das nationale Bürgertum angewendet hat. Die Radikalisierung des Bürgertums empfing ihren Anstoß aus dem Parteiegoismus der Weimarer Parteien, deren Personalpolitik ebenso überspannt war, wie der gesunde Wechsel in der Tragung der Verantwortung fehlt. Die Schulmeisterei, mit der die herrschende Koalition das Bürgertum „auf den rechten Weg" führen will, verkehrt sich in das Gegenteil des Erstrebten.

F. V. A.

Die deutsch-französischen Verständigungsbesuche.

Nun ist der französische Besuch wieder abgereist. Laval und Briand haben Berlin verlassen und werden, ohne daß wir das Ergebnis der Berliner Verhandlungen schon jetzt katalogisieren wollen, mit ihren Erfolgen wahrscheinlich nur halbwegs zufrieden sein. Allerdings sind die politischen Wünsche der französischen Herren an dem Widerstand Dr. Brünings ebenso gescheitert, wie bei dem Besuch des Letzteren in Paris. (Kann es nicht auch umgekehrt sein, oder hatte Dr. Br. keine Wünsche? — Die Red.) Jedesmal, wenn an diese heiklen Fragen auch nur getippt wurde, zog man sich vorsichtigerweise zurück, um nicht durch einen Mißton die weiteren Verhandlungen zu stören. Selbst diejenigen, die an Brünings Politik manchmal heftige Kritik üben, erkennen an, daß Brüning gegenüber den französischen Forderungen, das politische Prestige auf Deutschland noch weiter auswirken zu lassen, stets fest geblieben ist, wenn sie es auch nicht zu laut und deutlich sagen. Sollten Laval und Briand mit größeren, aber nicht erfüllten Hoffnungen nach Berlin gekommen sein, dann müssen sie sich trösten mit dem „herzlichen" Empfang, der ihnen von der „Berliner Bevölkerung" bereitet worden ist. Nämlich diese Berliner Bevölkerung nahm so gut wie gar keinen Anteil an den Ereignissen des letzten Sonntags. Lediglich das „Reichsbanner" und die „Friedensliga" hatten einige hundert Leute abkommandiert, die, vom Berliner Polizeipräsidium bevorzugt, Zutrittskarten zum Bahnhof in der Friedrichstraße erhielten und bei Ankunft der französischen Minister: „Nie wieder Krieg" und „Vive la paix", rufen mußten. Was sich sonst vom Berliner Publikum angesammelt hatte, verhielt sich, wenn auch höflich, doch kühl und zurückhaltend. Uns kann es recht sein, wenn die ausländischen, insbesondere französischen Journalisten ihren Heimatblättern über den ungemein herzlichen Empfang in Berlin berichten. Wenn aber demokratische Blätter, und ganz besonders ein Mittagsblatt in Berlin, vor lauter Freude Purzelbäume schlagend, zum Ausdruck bringen, daß das Volk an dieser Herzlichkeit teilnahm, und besonders die junge Generation nicht daran glaube, daß das französische Volk Deutschland unterdrücken und demütigen will, dann muß eine solche Stellungnahme auf ihre innere Unwahrheit geprüft und zurückgewiesen werden.

Letzteres ist denn auch durch den Ausfall der Hamburger Senatswahlen am selbigen Sonntag, an dem Laval und Briand das Tücherwinken einiger hundert Pazifisten mit nicht allzu großer Begeisterung hinnahmen, in eindeutiger Weise geschehen. Dieses Wahlergebnis zeigt ein lawinenartiges Anschwellen der nationalen Welle. Während die Sozialdemokratie, die in ihrer Verblendung Frankreich gegenüber stets einen nicht mehr zu übertreffenden Verständigungswillen an den Tag legte, schwerste Verluste erlitt, errangen die Parteien der Rechtsopposition, insbesondere die Nationalsozialisten, einen unglaublichen Sieg, der nicht mehr, wie es manche so gern tun, auf vorübergehende, aus der Not der Zeit geborene Verärgerung zurückzuführen ist, sondern eine Bewegung darstellt, welche die Volksseele gepackt hat und infolgedessen nicht mehr als eine schnell vergehende Erscheinung bewertet werden darf. Dieses Anschwellen der nationalen Bewegung darf als Symptom auch für das übrige Deutschland angesehen werden. Daraus ergibt sich aber, daß, wenn eine Reichsregierung sich von der geschmeidigen Art der Franzosen übertölpeln ließe, dagegen sich in wachsendem Maße der Volkswille erheben würde, auf den heute schon die regierenden Herren beider Länder Rücksicht zu nehmen haben. Das weiß Dr. Brüning sehr genau. Ebenso dürften Laval und Briand weitblickend genug sein, um zu er-

kennen, daß die in den letzten Wochen sich vollzogenen Weltereignisse und der nationale Wille in Deutschland Dinge sind, an denen man nicht achtlos vorübergehen kann.

Vielleicht aus dieser Vorsicht heraus hat man die schwierigen politischen Probleme nur unter 4 Augen behandelt, worüber der Oeffentlichkeit Mitteilungen nicht gemacht werden. Dagegen ist als besonderer Punkt im französischen Programm, ohne daß wir uns allzu großen Hoffnungen hingeben dürfen, ein neuer Weg beschritten worden, durch den die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich enger gestaltet werden sollen, damit, so kalkuliert man in Frankreich, die Verständigung über die später zu erörternden politischen Bindungen eine Erleichterung erfahre. Die neue Methode ist, daß durch Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsausschusses eine industrielle Zusammenarbeit herbeigeführt werde. Man braucht sich der Nützlichkeit einer wirtschaftlichen Kooperation nicht zu verschließen, man muß aber der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" recht geben, wenn sie mit aller Deutlichkeit sagt, daß der Umweg über wirtschaftliche Interessenverpflichtung keineswegs zu einer Besserung der politischen Beziehungen führen muß. Es ist eine Illusion, zu glauben, der psychologische Zustand zwischen zwei großen Nationen werde durch wirtschaftliche Pakte entscheidend geändert. Nach allem, was wir über die Einstellung der Franzosen wissen, ist doch damit zu rechnen, daß solche wirtschaftliche Zusammenarbeit französischerseits stets unter dem Gesichtspunkt französischer Interessen betrieben wird, mit dem Ziel, durch finanzielle Abhängigkeit Deutschland für politische Bindungen reif zu machen. Es wird deswegen wünschenswert sein, daß gegenüber der Weichheit und Nachgiebigkeit demokratischer und marxistischer Kreise die nationale Bewegung, wie sie am Sonntag in Hamburg hohe Wellen geschlagen hat, für die deutschen Vertreter in diesem Wirtschaftsausschuß als mahnendes Gewissen laut und vernehmlich immer wieder zum Ausdruck bringt, die Augen offen zu halten, damit deutsche Interessen gegenüber dem französischen Bestreben, Deutsche Kräfte in den Dienst Frankreichs zu stellen, in jeder Hinsicht gewahrt werden. Nur wenn das geschieht, kann man das Ergebnis der Berliner Verhandlungen begrüßen W. W.

Siedeln in Mecklenburg.

Im Aufwärts habe ich stets die Artikel über Siedeln mit großem Interesse gelesen. Nun sei es mir als Siedler, der ich über 10 Jahre praktisch tätig bin und bereits über 130 Morgen Hochmoor kultiviert habe, gestattet, einen kleinen Beitrag zu der Siedlungsfrage zu liefern. Wenn man seither im Westen unseres Vaterlandes vom Siedeln hörte, dann wurde man unangenehm berührt, weil dort Siedeln fast immer mit unangenehmen Begleitumständen verbunden ist. Handelt es sich doch bei den Siedlungen im Westen durchweg um schlechten Boden, schlechte Bauten und um ganz schlechte Wege und Absatzverhältnisse. In Mecklenburg ist dies aber ganz anders. Bei den neueren Siedlungen handelt es sich um guten bis sehr guten Boden und um verhältnismäßig gute Bauten. Die Wegeverhältnisse sind erheblich besser, da die neueren Siedlungen fast nur an festen Straßen liegen. Auch die Absatzverhältnisse sind im allgemeinen besser. Vor allem wird die Milch besser bezahlt als z. B. in Ostfriesland.

Wer

macht es sich zur Pflicht, für den „Aufwärts" zu werben?

Der Kulturzustand des Bodens ist hier sehr verschieden. Das muß der Siedlungsbewerber stets bedenken und sich die neue Stelle daraufhin genau ansehen. Auch ist auf demselben Gut die Bonität ganz verschiedenartig und muß man den Boden überall genau prüfen. Im allgemeinen ist der Boden nur flach bearbeitet, was für den Siedler ein Vorteil ist, weil ihm der unausgenutzte jungfräuliche Boden zur Verfügung steht. Es ist nur seinem Geschick überlassen, dies richtig auszunutzen. Durch Kalken und durch sachgemäße gründliche Bearbeitung des Bodens wird der Siedler hier Erfolge erzielen, mit denen er zufrieden sein kann. Jedenfalls ein ganz anderes und rentableres Wirtschaften als auf den Heidesand- und Moorböden in Nordwestdeutschland. Jetzt, wo uns hier dieser gute Boden zur Verfügung steht, ist Kultivieren nicht nur nicht zu empfehlen, sondern entschieden abzuraten. Die Ansicht werden alle Fachleute vertreten, die am eigenen Geldbeutel erfahren haben, was Kultivieren kostet. Siedeln im Westen oder Siedeln im Osten ist ein Unterschied, und zwar ein Unterschied von eminenter Bedeutung. Im Westen ein unkultivierter und minderwertiger Boden mit schlechten Wege- und Absatzverhältnissen, im Osten dagegen ein kultivierter und guter Boden mit guten Wege- und Absatzverhältnissen. Dies ist m. E. im Westen viel zu wenig bekannt, sonst würden viele Siedler dort die schwere und viel zu teure Kultivierung unterlassen und ihre Kräfte und vor allem ihr Geld sehr viel besser im Osten verwenden. Gerade in den Gegenden mit minderwertigen Böden wohnen im Westen die besten Siedler der Welt, diese prächtigen, sehnigen Gestalten, die tüchtig in ihrem Beruf, dabei außerordentlich fleißig, sparsam und anspruchslos sind. Ich möchte von Herzen wünschen, daß diese erstklassigen Siedler in der Heimat recht beraten würden und daß man ihnen sage, unter wieviel günstigeren Umständen sie jetzt in Mecklenburg sich eine Existenz gründen können. Eine kleine Anzahlung ist ja erforderlich. Das Restkaufgeld ist verhältnismäßig billig (mit Amortisation 5 Prozent) und unkündbar, was in der heutigen Zeit außerordentlich wertvoll ist. Im ganzen betrachtet kann man also Siedeln in Mecklenburg mit ruhigem Gewissen empfehlen. Das schreibe ich, nachdem ich fast ein Jahr hier bin.

Mit besonderem Nachdruck möchte ich darauf hinweisen, sich ja genug Zeit beim Kauf zu lassen. Man prüfe den Boden ganz genau und spreche vor allem auch mit anderen Siedlern. Beides ist unbedingt erforderlich. Wie mancher Siedler hat es hinterher bereut, daß er sich nicht mehr Zeit beim Kauf gelassen hat. Es handelt sich um eine Entscheidung fürs Leben. Das wolle man stets und ständig bedenken. Einen Tag länger von der Heimat fort bleiben, spielt im Verhältnis zu dieser so sehr wichtigen Sache gar keine Rolle. Im übrigen gibt es bei dem Erwerb einer Stelle noch so viel zu bedenken, was in einem kurzen Artikel nicht alles zu erörtern ist. Der Verfasser ist aber gerne bereit, ernsthaften Siedlungsbewerbern weitere Auskünfte zu geben. Rückporto bitte beilegen Emil Luitjens.

Lützow, Amt Schwerin in Mecklbg.

Selbsthilfe durch Kapitalbildung.

Man hat nicht mit Unrecht die Kapitalnot das Kernproblem der deutschen Wirtschaft genannt. Ueberall, wohin wir heute auch blicken, herrscht Kapitalmangel. Reich, Länder und Gemeinden kennen kaum noch eine geordnete Haushaltsführung und suchen verzweifelt nach neuen Möglichkeiten, um die ständig wachsenden Millionendefizite auszugleichen. Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk und Mittelstand kranken ausnahmslos an Kapitalarmut, jeder Tag fordert neue Krisenopfer, ein Betrieb nach dem anderen schließt seine Pforten, und so ergibt sich aus Kapitalnot Arbeitslosigkeit, und aus Arbeitslosigkeit Elend.

Mit großer Sorge sieht man allgemein dem kommenden Winter entgegen, der uns aller Wahrscheinlichkeit nach eine neue Steigerung der Arbeitslosenziffer bringen und neue Tausende der Not und dem Elend überantworten wird. Mit vollem Recht wird daher an das Pflichtbewußtsein derjenigen Kreise appelliert, die durch ein gutes Geschick von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind und noch ein festes Einkommen beziehen. Vaterländische Pflicht ist es, all den Volksgenossen zu helfen, die durch die Wirtschaftskrise unverschuldet in bittere Not geraten sind. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen sind allein unzureichend, es ist daher zu begrüßen, daß schon jetzt von privaten Verbänden und Organisationen eine großzügige Winterhilfe ins Leben gerufen wird, um von den Opfern der Krise wenigstens die größte Not fernzuhalten.

Aber diese Winterhilfe, so notwendig und begrüßenswert sie ist, letzten Endes stellt sie doch nur einen Tropfen auf einen heißen Stein dar. Eine wirkliche Gesundung des deutschen Wirtschaftskörpers kann nur erzielt werden, wenn die Wurzel des Uebels, die Kapitalnot, beseitigt wird! Vor allem muß der Abstrom des Kapitals ins Ausland so weit wie möglich abgedämmt werden. Die Reparationszahlungen, die auf das Eingreifen des amerikanischen Präsidenten Hoover hin, vorerst auf ein Jahr ausgesetzt sind, sind die tiefste Ursache der deutschen Kapitalnot. Um jeden Preis müssen wir deshalb eine Wiederaufnahme der Milliardenleistungen an die Gläubiger nach Ablauf des Moratoriumsjahres zu verhindern suchen. Die zweite und nicht minder wichtige Aufgabe besteht darin, die kurzfristigen Auslandskredite, die uns in diesem Sommer zum Verhängnis geworden sind, in langfristige Kredite umzuwandeln. Nicht zuletzt aber müssen wir die inländische Kapitalbildung möglichst zu fördern suchen.

Wir kennen alle das ungeheure Mißverhältnis zwischen Kapitalbedarf und eigener Kapitalbildung. Und wenn auch zugegeben werden muß, daß die inländische Kapitalbildung, die durch Krieg und Inflation völlig zum Stocken gebracht worden war, nach der Währungsstabilisierung im Jahre 1924 erfreuliche Fortschritte gemacht hat, so reichte sie doch zur Deckung des großen Bedarfs an langfristigen Krediten für die deutsche Wirtschaft nicht im entferntesten aus. Der inländische Kapitalbildungsprozeß muß deshalb beschleunigt werden. Hierzu kann jeder einzelne beitragen, soweit er noch in der glücklichen Lage ist, mit einem bestimmten Einkommen rechnen zu können.

Der Möglichkeiten gibt es viele. Wir erinnern nur an die wichtige Rolle, die die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen bei der Förderung des Kapitalzumachses spielen. Im Reichsdurchschnitt kommen Mitte 1930 154,2 Mark Spareinlagen auf den Kopf der Bevölkerung, Mitte 1931 waren es bereits 174,2 Mark. Insgesamt sind nach den soeben veröffentlichten Zahlen für August gegenwärtig etwa 10,5 Milliarden Mark Einlagen bei den deutschen Sparkassen vorhanden, gegenüber 10,8 Milliarden Mark Ende Juli. Aehnlich dürften die Fortschritte

Ein Hindenburg-Gedenken.

Von Dr. V. Geilen-Marienburg.

In die Uebergangszeit vom Monat August zum September fallen zwei entscheidende Ereignisse der neuesten deutschen Geschichte: Der Sieg im Westen bei Sedan, der den Krieg gegen Frankreich zugunsten Deutschlands entschied und den Grund zur Errichtung des neuen Kaiserreiches legte, und der Sieg im Osten bei Tannenberg im Jahre 1914, der den Zusammenbruch Rußlands einleitete, das sich bis dahin, zumal im engsten Bunde mit Frankreich, zur gefährlichsten Bedrohung des Deutschen Reiches entwickelt hatte.

Beide Brennpunkte der Geschichte des neuen Reiches sind eng verknüpft mit dem Leben und Wirken unseres Reichspräsidenten und Feldmarschalls von Hindenburg. An den schweren Kämpfen im August 1870 bis zum Tage von Sedan nahm er als junger Offizier teil, die Vorgänge schon mit dem Blick des werdenden Feldherrn beobachtend. Die Schlacht bei Tannenberg war die glänzendste Tat des auf der Höhe seines Wirkens stehenden Feldherrn, durch die er im Augenblick der äußersten Not zum Retter seiner und unserer Heimatprovinz Ostpreußen wurde.

Diese Tat jedoch, durch die sein Ruhm in alle Welt hinausdrang, war nur der Auftakt zu noch größeren, menschlich und seelisch schwereren Leistungen, die der schon an der Schwelle des Alters stehende Feldherr für sein Vaterland noch zu vollbringen hatte, und durch die das Gold seines Charakters erst recht zum Vorschein kam, so daß alles Volk in festem Vertrauen zu ihm wie zu einem Vater aufblickte, der in guten wie in trüben Tagen in unerschütterlicher Ruhe auf seinem Führerposten standhielt.

Woher ist ihm diese große, vertrauenerweckende innere Ruhe und die daraus hervorgehende Stetigkeit in allem seinem Handeln gekommen, die der Grundzug seines Wesen ist? Zwei Wurzeln sind es, wie ich glaube, durch die ihm diese innere Kraft zugeflossen ist: Sein stetes Verbundenbleiben mit Elternhaus und heimatlicher Landschaft und der tiefe, christliche Quellgrund seiner Familie.

Äußerlich betrachtet, ist sein Lebensweg von Kindheit an ein recht unsteter gewesen. Wie weit ihn aber auch sein Beruf als Soldat von seiner engeren Heimat fortführte: immer wieder hat ihn sein Weg nach dem Stammsitz seiner Familie, nach dem heimatlichen Gute Neudeck zurückgeführt.

Welch ein friedliches Bild einfachen ländlichen Familienlebens entwirft von dieser Stätte der Bruder des Feldmarschalls.

„Neudeck!" Das Kind besinnt sich auf den Großvater, hat ihn also zuweilen besucht. — — Auch der Kadett ist öfter auf dem Gut gewesen.

Wie aber mag auf den erwachenden Geist, bei jedem Besuche mehr, die alte Heimat gewirkt haben: das alte Haus mit seinem altmodischen Dach, rechts und links hohe Pappeln, dichte Gebüsche mit wilden roten und gelben Rosen, dahinter der Garten mit seinen dunklen Lindengängen, mit Flieder und Jasmin, seitwärts anschließend der Waldgarten, dessen Wege weiterlockten, durch tiefe dunkle Schluchten, immer weiter, bis man im wilden Walde steht, wo zuweilen Rehe vorüberhuschen, oder wo im angrenzenden Getreidefeld eine Rebhuhnmutter ihre Kleinen das Fliegen lehrt. Von anderer Seite hört man die Arbeitsglocke vom Gehöft schallen, die alte, unermüdliche Glocke, die sich nie gewandelt, und durch ein Jahrhundert, oder länger, täglich zur Arbeit frühmorgens und mittags gerufen hat. Dann sieht man Staubwolken von Schafherden, und die Knechte reiten auf ihren Gespannen aus. Weiter unten, fast vom Garten versteckt, liegt das Dorf, einfache Häuser, mit Stroh gedeckt, man hört das Hämmern aus der Schmiede, und die Kinder in der Schule singen . . . Das ist das Bild, wie es war. Vieles ist geblieben, vieles hat sich geändert. Im Hause aber gehen Gestalten umher, umfangen liebevoll einen Knaben, erzählen von alter Zeit — — und sind jetzt selbst nicht mehr. . .

Für den jungen Offizier aber war nach den Erlebnissen der Kriege Neudeck der Ruhepunkt. Dort machte er stundenlange Spaziergänge auf die Höhenzüge, mit Feldern bestellt, von denen man Langenau sehen konnte, — — dann führt ihn sein Weg weiter in den Heinrichauer Wald. — — Da standen zwischen hohen Kiefern alte Buchen. — — Wer in die Geheimnisse des Waldes eingeweiht war, konnte ganze von Farnen versteckte Felder duftender Maiglöckchen entdecken, auch träumten auf hohem Stiele blaue Glockenblumen, und an stillen Wassern spiegelten sich Lilien. — Jetzt kommt die Schwedenschanze. Ihre verwaschenen Linien sind zwischen den Wurzeln der hohen Bäume noch deutlich erkennbar; es kann auch eine heidnische Opferstätte gewesen sein . . . Nun auf lehmigem Feldwege über meistens recht schlechte Brücken, über einen Damm mit alten Weiden nach Langenau. Dort war Sonntags oft ein froher Mittagskreis zusammen im stolzen Saal . . .

Durch seine Dienstzeit aber rankt sich immer wieder der Landaufenthalt in Neudeck, nur daß er dort nun seiner Frau und seinen Kindern die alte Heimat zeigen konnte.

Der geistige Inhalt solcher Landferien sind wieder die Spaziergänge. Die Kinder sind nun schon größer, und der Vater gibt den Ausgängen gern einen militärisch-erzieherischen Anstrich. In den Waldwegen sind mit ländlicher Gleichgültigkeit unfahrbare Stellen, darum wird der Kinderwagen voll Steine geladen und die Felddienstübung hat die Aufgabe, zum Heil der Umwohner den Weg auszubessern.

Wenn auf dem Rückwege die Kinder müde wurden, dann wurden sie als Musikkapelle an die Spitze der Truppe kommandiert. Der Herr Leutnant schwang seine Gerte als Taktstock, die ganze Truppe stimmte im Marschtempo den Gesang an: „Als die Römer frech geworden." — „Sumpf-Sumpf-Sumpf" war im Rückblick auf die Uebung der Schluß. — Man möchte jetzt sagen: „Als die Russen frech geworden". Es war ein prophetischer Gesang . . .

Und zu Hause erwartete sie mit dicker Milch die Mutter, damals schon betagte Großmutter. Ich sehe sie noch stehen mit ausgebreiteten Armen vor der Tür des kleinen Gartenhauses.

Es war inzwischen leer geworden im großen Hause durch den Tod; eine Generation war wieder gegangen. Nur die Eltern waren der Rest. Aber es war gemütlich in dem kleinen Hause, manchen stillen Winterabend erlebte man dort um Weihnachten, und in der warmen Jahreszeit vor der Tür saß man unter Apfelblüten, Fliederduft, wilden Wein und Je-länger-je-lieber. Je-länger-je-lieber war so recht das Wahrzeichen des Hauses für die Kinder. . . . Oft saßen die alten Eltern vor dem Hause. Da die Augen des Vaters nur noch schwach zu sehen vermochten, las ihm die Mutter vor. . . .

Bald kam dann der schwere Tag, da die Mutter starb. Treue Liebe schwieg nun für immer. Wie einst am Todestag der Großmutter, so wurde hier, von ihrem Sohn, eine junge Linde auf der Gartenseite vor dem kleinen Haus gepflanzt. Zehn Jahre später starb der Vater in Neudeck im Alter von 86 Jahren. Sanft und kaum selbst etwas von seinem nahen Tode ahnend, schloß er im Beisein seiner Tochter die Augen. Er wurde im schwarzen Mantel

der Kapitalbildung bei den Banken und den anderen Geldinstituten sein. Schließlich wären auch noch die Summen hinzuzuzählen, die sich in Form von Prämien bei den Lebensversicherungen ansammeln. So sind z. B. bei der Karlsruher Lebensversicherungsbank AG. im Jahre 1929 23,5 Millionen Mark und im Jahre 1930 25,4 Millionen Mark, bei der Allianz ca. 360 Millionen Prämieneinnahmen zu verzeichnen, worin man einen erfreulichen Beweis für die Kapitalneubildung erblicken darf. Und das um so mehr, als die Lebensversicherungsgesellschaften verpflichtet sind, die Kapitalien ihrer Versicherten möglichst sicher und nutzbringend anzulegen. Das Gesetz gibt darüber bestimmte Vorschriften, so daß die Gesellschaften nur sogenannte gesicherte Kredite, z. B. Hypotheken auf Häuser, geben können. Außerdem können sie auch Wertpapiere kaufen, jedoch nur solche gewisser Kategorien. Als weitere Geldanlagen kommen für die Lebensversicherungen noch in Betracht Darlehen an öffentliche Körperschaften und Kredite auf die Policen ihrer Versicherten. Diese Geldanlagen werden auf jeden Fall so ausgesucht, daß sie einerseits sicher sind, andererseits aber recht hohe Gewinnbeträge abwerfen, damit die Gewinnteile der Versicherten recht hoch bemessen werden können.

Wenn das Wort von der Selbsthilfe, das mit Recht immer häufiger genannt wird, praktische Bedeutung hat, denn vor allem im Falle der Kapitalbildung. Hier kann jeder, der über Ersparnisse oder Bargeld verfügt, zur Kapitalbeschaffung beitragen. Je mehr Kapital den Finanzinstituten, seien es nun Banken, Sparkassen oder Versicherungsgesellschaften, aus dem Publikum zufließt, um so mehr sind sie in der Lage, der Kreditnot in der Wirtschaft abzuhelfen und fördernd in den Produktionsprozeß einzugreifen. Die Wiederbelebung der Wirtschaft ist heute das große Ziel, zu dessen Erreichung alle nationalen Kräfte mobil gemacht werden müssen. Das Geld im Strumpf nützt keinem, vielmehr ist es, wie dieser Tage auf der Jubiläumstagung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ausgeführt wurde, ein Aderlaß an der deutschen Wirtschaft; das Geld muß rollen!

„Wir haben nichts von unseren Interessen geopfert".

Ministerrat dankt Laval.

— Paris, 1. Oktober.

Unter dem Vorsitz des französischen Staatspräsidenten Doumer fand im Elysée ein Ministerrat statt, in dem Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand ihre Ministerkollegen über ihre Reise nach Berlin unterrichteten. Nach dem amtlichen Bericht beglückwünschte der Ministerrat einstimmig Laval und Briand zu der Art und Weise, wie sie ihre Aufgabe gelöst haben. Im übrigen beschäftigte sich der Ministerrat mit der Erledigung laufender Angelegenheiten. Ferner dürfte er in kürzester Zeit eine Entscheidung über die Berufung der französischen Mitglieder des neugebildeten Ausschusses treffen.

Zu der Ankunft des Ministerpräsidenten und des Außenministers hatten sich sämtliche Kabinettsmitglieder und eine große Menschenmenge auf und vor dem Bahnhof eingefunden, die Hochrufe ausbrachten. Auch die zum Bahnhof führenden Straßen waren dicht besetzt, so daß der Wagen Lavals und Briands sich nur schwer einen Weg bahnen konnte.

Während der Rückreise hatte Ministerpräsident Laval Pressevertretern gegenüber eine neue Erklärung abgegeben. Darin hieß es: „Wir haben in Berlin die heikelste Mission erfüllt, die französischen Ministern zufallen konnte. Der Ausschuß, der unverzüglich gebildet wird, wird die wirtschaftlichen Probleme, die unsere beiden Länder betreffen, zu prüfen haben. Das ist eine Hoffnung, die aufkommt. Eine neue Methode ist angenommen worden.

Angesichts des Ernstes und der Schwierigkeiten der zu lösenden Probleme kann diese Initiative als bescheiden erscheinen. Man muß sie aber nach ihren Ergebnissen beurteilen. Gegenwärtig muß man schon die Absicht, die ihr zugrundeliegt, in Rechnung stellen. Alle Maßnahmen, die ins Auge gefaßt werden, um das Elend in der Welt zu besiegen, führen näher zum Ausgleich und befestigen den Frieden.

Wir haben nichts von den Interessen unseres Landes dadurch geopfert, daß wir die Möglichkeit suchten, sie unter den gegenwärtigen Umständen mit den Erfordernissen der internationalen Solidarität in Einklang zu bringen. Ich werde, wie gestern in Berlin, so auch bald in Washington im Namen meines Landes mein möglichstes tun, um an den neuen schweren Aufgaben teilzunehmen, die die Weltkrise der Regierung auferlegt."

Briand äußerte während der Rückfahrt: „Wir haben in Berlin für eine stärkere Annäherung mit einer Nation gearbeitet, mit der wir im Frieden bleiben wollen. Wir haben so für den Weltfrieden gewirkt."

*

Die Option für Frankreich.

Reichskanzler und Reichsaußenminister an Laval und Briand.

— **Berlin,** 30. September. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius haben an den französischen Ministerpräsidenten Laval und den französischen Außenminister Briand das nachstehende Telegramm gerichtet: „Für Ihr liebenswürdiges Telegramm aus Aachen bitten wir unseren besten Dank entgegenzunehmen. Es war uns eine große Genugtuung, Sie hier haben begrüßen zu können. Wir stimmen mit Ihnen aufrichtig in dem Wunsche überein, daß unseren gemeinsamen Bemühungen ein voller Erfolg beschieden sein möge. gez. Brüning, gez. Curtius."

*

Eine Erklärung Curtius'.

„La Republique", das Organ Daladiers, veröffentlicht eine seinem Berliner Sonderberichterstatter vom Reichsaußenminister Dr. Curtius übergebene schriftliche Erklärung. Minister Curtius erklärt darin, er könne mit Genugtuung feststellen, daß man einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege der Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland vorangekommen sei. Es handelte sich nicht um einen einfachen Höflichkeitsbesuch, sondern um die Fortsetzung und Erweiterung der in Paris begonnenen Verhandlungen. Man habe nicht nur vertrauensvoll und freimütig die verschiedenen Fragen geprüft, sondern auch gleich das Mittel gefunden, schnell zu verwirklichen, was als erreichbar anerkannt worden sei. „Wir haben" — so äußert sich Minister Curtius in der Erklärung — „einen Organismus geschaffen, der die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder erleichtern soll und durch die Zusammenarbeit der Regierungen und der Wirtschaftskreise die Gewißheit für ein positives praktisches Ergebnis bringen muß."

Schlußsitzung des Rates.

Am 14. Oktober Wiederzusammentritt zwecks Prüfung des Ostasienkonflikts.

— Genf, 1. Oktober.

Nach der Vollversammlung des Völkerbundes beendete nunmehr auch der Rat seine Herbsttagung, doch wurde für den 14. Oktober eine neue Sitzung in Aussicht genommen. In dieser Sitzung soll nochmals zum Mandschureikonflikt Stellung genommen werden. Japan und China wurden „im Hinblick auf ihre vor dem Rat gegebenen Zusicherungen" abermals zur baldigen Wiederherstellung der normalen Lage aufgefordert.

In Ausführung der von der Herbstversammlung gefaßten Entschließung über den Rüstungsstillstand beschloß der Rat, den Mächten diese Entschließung mit dem Ersuchen zu übermitteln, bis zum 1. November mitzuteilen, ob sie bereit sind, den vorgeschlagenen Rüstungsstillstand auf die Dauer eines Jahres anzunehmen. Auf Grund der Plenarentschließung über das Abkommen zur Verstärkung der kriegsverhütenden Mittel überwies der Rat zum Schluß die in diesem Abkommen vorgesehenen technischen Ausarbeitungen dem Rüstungsausschuß.

20 Bomben gefunden.

In der Steiermark. — Neue Spur von den Eisenbahnattentätern?

— Graz, 1. Oktober.

In dem steiermärkischen Bahnhof von Rottemann wurden in den Morgenstunden zwischen Stämmen und Brettern versteckt 20 Bomben gefunden. Die Sprengkörper bestehen aus Mannesmannröhren von 16½ Zentimeter Länge und 35 Millimeter Durchmesser. Sie sind mit hochexplosiblem Sprengstoff gefüllt und an beiden Enden mit Korken fest verschlossen. An einem Ende befindet sich eine Zündschnur, die durch eine Papphülle geschützt ist. Die Bomben gleichen im allgemeinen jenen, die bei den Eisenbahnattentaten in Deutschland und Ungarn verwendet wurden. Die Erhebungen haben bisher noch nicht ergeben, woher die Explosivkörper stammen. Man vermutet jedoch, daß sie für ein Eisenbahnattentat bestimmt waren.

Not ohne Ende.

Die bevorstehende neue Notverordnung.

— **Berlin,** 1. Oktober. Die Beratungen des Reichskabinetts und seine Verhandlungen mit den maßgebenden finanz- und wirtschaftspolitischen Stellen sowie mit den Parteien sind soweit gediehen, daß sich von der bevorstehenden Notverordnung, die voraussichtlich am Sonnabend herauskommt, nach einer Meldung Berliner Blätter, folgende Maßnahmen mitteilen lassen:

Verlängerung des laufenden Haushaltsjahres vom 1. April bis zum 30. Juni 1932, Kürzung einzelner Sachausgaben, soweit sich Kostensenkungen durch die eingetretenen Preisherabsetzungen vornehmen lassen, Ersparnisse am Personaletat in Höhe von 50 bis 70 Millionen, wobei eine Aufrückungssperre für die Beamten und die Herabsetzung der Höchstpensionen auch weiterhin im Vordergrund stehen, einzelne Aenderungen des Tabaksteuergesetzes im Sinne von Erleichterungen, die sich als notwendig erwiesen haben, Senkung der Hauszinssteuer um ein Viertel ihres jetzigen Satzes mit der Maßgabe, daß ein weiteres Viertel in drei bis fünf Jahren absinken und der Rest als Hypothek mit zehn- oder fünfzehnjähriger Tilgungsfrist kapitalisiert wird, Erhöhung des Fonds für notleidende Gemeinden von 60 auf 230 Millionen mit dem Ziel, die kommunalen Wohlfahrtslasten zu erleichtern, Einführung der Arbeitslosen-Landsiedlung, Aenderung der früheren Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung durch Erleichterung der Vorschriften für die Unterstützung jugendlicher Arbeitsloser. Zu diesen Maßnahmen finanzpolitischen Charakters soll sich dann noch die angekündigte Einrichtung von Sondergerichten hinzugesellen, sowie die Neuregelung des Automobilspeditionswesens im Zusammenwirken mit der Reichsbahn (Schenker-Vertrag). Soweit Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung in Betracht kommen, handelt es sich lediglich um Vorschriften, die das Präsidium der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung von sich aus erlassen kann, wie Neuregelung der Unterstützungsdauer usw. Aus der Notverordnung werden in Abweichung von den ursprünglichen Plänen dagegen voraussichtlich sämtliche beabsichtigten Maßnahmen auf dem Gebiet der Kartell- und Tarifpolitik, eventuell auch die beabsichtigte Senkung der Spitzengehälter in der Privatwirtschaft herausbleiben. Zu den vorläufig zurückgestellten wirtschaftspolitischen Maßnahmen gehört auch das Projekt einer reichsgesetzlichen Regelung der Naturalversorgung von Arbeitslosen. Es haben sich in den Verhandlungen, die das Reichsarbeits- und Reichsernährungsministerium geführt haben, zahlreiche Schwierigkeiten für eine zentrale Regelung ergeben, so daß man gemeindeweise vorgehen wird.

Bruch mit Macdonald.

Der Ministerpräsident mit sämtlichen Anhängern von der Arbeiterpartei ausgeschlossen. — Rückkehr für später offengelassen.

— London, 1. Oktober.

Die britische Arbeiterpartei hat den Bruch mit ihrem bisherigen Führer Macdonald endgültig vollzogen. Wie der „Daily Herald" dazu mitteilt, hat der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei eine Entschließung angenommen, wonach alle Mitglieder der nationalen Regierung und ihre sämtlichen Anhänger innerhalb und außerhalb beider Häuser des Parlaments automatisch und unverzüglich aufhören, Mitglieder der Arbeiterpartei zu sein.

Es sind dies Ministerpräsident Macdonald, Schatzkanzler Snowden, der Staatssekretär für die Dominions Thomas, der Lordkanzler Lord Sankey, der Generalstaatsanwalt William Jowitt, der Luftfahrtminister Amulree, zwei Unterstaatssekretäre, deren einer der Sohn Macdonalds, Malcolm Macdonald, ist und sieben Unterhausmitglieder, die nicht der Regierung angehören, aber auf der Regierungsseite sitzen und stimmen.

„Daily Herald" bemerkt erläuternd, die Ausschließung der Anhänger der nationalen Regierung erfolge aus demselben Grunde wie seinerzeit die Ausschließung Sir Oswald Mosleys und seiner Anhänger. Das Arbeiterblatt sagt ironisch, die betreffende Entschließung sei damals von Macdonald mit Wärme begrüßt worden. Der Versuch, eine neue „nationale" Partei zu schaffen, vertrage sich nicht mit den Satzungen der Arbeiterpartei. **Selbstverständlich könne jedes ausgeschlossene Mitglied wiederzugelassen werden, wenn es die Zusicherung gebe, daß es in Zukunft die Satzungen beobachten und aufhören werde, eine der Partei feindliche Organisation zu unterstützen.**

Der Anschlag auf König Zogu.

Verhandlung gegen die Attentäter. — Anklageerhebung wegen Mordes und versuchten Mordes.

Unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums begann vor dem Schwurgericht der niederösterreichischen Stadt Ried der Prozeß wegen des am 20. Februar 1931 in Wien unternommenen Mordversuches an König Achmed Zogu von Albanien. Nach Eröffnung der Verhandlung wurden die Angeklagten Aziz Cami und Ndok Gjeloski vorgeführt. Aziz Cami gibt an, im Jahre 1893 geboren, mohammedanischen Glaubens zu sein und als Hauptmann in albanischen Diensten gestanden zu haben. Ndok Gjeloski erklärt, daß er im Jahre 1893 geboren und albanischer Gendarmerieoberleutnant gewesen sei. Beide Angeklagte sprechen deutsch.

Die Verlesung der Anklageschrift rief noch einmal den Hergang des Anschlags in Erinnerung. Neu war, daß König Zogu nur dadurch den Kugeln der Attentäter entronnen ist, daß er sich, als sie beim Verlassen der Wiener Oper auf ihn feuerten, sich schleunigst auf den Boden seines Kraftwagens warf. Erschossen wurde bei dem Feuerkampf Major Topollay von der Suite des Königs, schwer verletzt wurde Hofminister Libehovs.

Die beiden Beschuldigten, die unversöhnliche Gegner des Königs sind, haben bereits 1924 an einer Verschwörung

---

mit dem Weißen Kreuz der Johanniter in den Sarg gebettet. Sein ältester Sohn kam aus Karlsruhe zum Begräbnis. Nun ruhen die Eltern nebeneinander auf dem stillen Friedhof im Schatten eines alten Lindenbaumes, der dem Kirchhof sein Hauptgepräge gibt. Zwei weiße Marmorkreuze zieren die Stelle, die den Kindern heilig ist . . . ."

Solch ungestörter Friede häuslichen Lebens in Neudeck hat seinen Grund vor allem in dem alle Mitglieder umschließenden tief christlichen Geist der Familie, der sich von den Vorfahren her durch die Generationen ungetrübt erhalten hat, wofür der Bruder des Feldmarschalls aus der Geschichte der Familie ergreifende Zeugnisse beibringt. Insbesondere haben die Eltern des Feldmarschalls ihr ganzes Leben hindurch ihren Kindern als „ein Beispiel aufrichtiger Frömmigkeit" vor Augen gestanden.

So verstehen wir es, daß die Unrast und die Aeußerlichkeit des Zeitgeistes das auf das Innere und Dauernde gerichtete Gemüt des Feldmarschalls nicht im geringsten hat beeinflussen können.

In zeitloser Ruhe steht er festgegründet —
ein Fels inmitten der brandenden Wogen der Zeit.

Und wie der junge Offizier in seinen Briefen aus dem Felde an seine Eltern wiederholt seinem gläubigen, gottvertrauenden Empfinden dankerfüllten Herzens Ausdruck gegeben hat, so spricht der auf der Höhe seines Ruhmes angelangte Feldherr, von der ostpreußischen Bevölkerung nach der Schlacht bei Tannenberg als Retter des deutschen Ostens jubelnd begrüßt, abwehrend das schlichte Wort: „Dankt dem da droben!"

Heimat, Familie und gottesfürchtiger Sinn, das sind die unverrückbaren Sterne gewesen, die ihn, der heute 84 Jahre alt wird, auf seinem Lebenswege immer begleitet und ihm jene Stetigkeit des Handelns gegeben haben, die ein Ausfluß seiner inneren Kraft und Ruhe, seines nie wankenden seelischen Geichgewichts ist.

Der Kreis dieses in steter Pflichterfüllung dahingeflossenen Lebens scheint jetzt in seiner engsten Heimat harmonisch sich schließen zu wollen: Der greise Feldmarschall gedenkt nach getanem Lebenswerk seinen Lebensabend an eben der Stätte zu vollenden, an der er von Kindheit am liebsten geweilt hat, fest darauf vertrauend, daß der Lenker der Völkerschicksale ihm noch die Freude zuteil werden lassen wird, die Morgenröte eines neuen Tages der Freiheit für das deutsche Volk, dem seine Lebensarbeit gegolten hat, heraufziehen zu sehen.

gegen Achmed Zogu teilgenommen. Sie flüchteten dann ins Ausland, organisierten im Herbst 1926 einen Aufstand gegen Zogu, der unterdrückt wurde. Seit 1927 halten sich die beiden Angeklagten in Wien auf, die Mittel zu ihrem Unterhalt erhielten sie teils aus ihrer Heimat, teils aus unbekannten Quellen. Cami hat bei seiner polizeilichen Vernehmung nach der Tat angegeben, den Anschlag schon drei Tage früher mit Gjeloski vereinbart zu haben. Gjeloski hat angegeben, er sei, mit Cami von einem in der Nähe der Wiener Oper gelegenen Kaffeehause kommend, beim Anblick des Kraftwagens des Königs so in Erregung geraten, daß er geschossen habe.

Gegen Gjeloski wird die Anklage wegen Mordes, gegen Cami wegen versuchten Mordes, wegen Mordes als entfernter Mitschuldiger und wegen Uebertretung gegen die Sicherheit des Lebens erhoben. Zugleich wurde die Vorladung von 16 Zeugen und von Schießsachverständigen beantragt.

Ueber die Motive der Tat wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Der Konflikt in der SPD.

Der Breslauer Parteivorstand seines Amtes enthoben.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei hat den Vorstand der Ortsgruppe Breslau einschließlich des Parteisekretärs Rausch vorläufig seiner Aemter enthoben. Der Vorsitzende der Breslauer Ortsgruppe, Rechtsanwalt Dr. Eckstein, hatte sich ebenso wie der Breslauer Reichstagsabgeordnete Ziegler und der Parteisekretär Rausch mit den ausgeschlossenen Oppositionellen solidarisch erklärt. Zum Geschäftsführenden Bezirkssekretär ist Bretthorst-Breslau ernannt worden.

Die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie, die sich gegen eine Tolerierung der Regierung Brüning, die zu einer energischen Politik der Sparsamkeit gezwungen ist und auch vor Löhnen und Tarifen nicht Halt machen zu können glaubt, wendet, nimmt danach also zu Wie man weiter hört, wollen die beiden ausgeschlossenen Oppositionsführer Seydewitz und Dr. Rosenfeld auf einer für Sonntag nach Berlin einberufenen Konferenz sogar den Versuch der Gründung einer neuen Partei machen. Aber sie unterschätzen wohl die Parteimüdigkeit ihrer radikalen Anhänger, die jetzt größere Sorgen haben, als eine neue Partei zu gründen und die, wenn sie schon eine radikalere Politik wollen, gleich zu den Kommunisten überschwenken.

Trotz alledem sind die Radikalisierungsbestrebungen innerhalb der SPD. nicht zu unterschätzen. Auch wenn sie die Parteiorganisation nur relativ schwächen, so sind sie doch geeignet, den politischen Kurs der Sozialdemokraten zu beeinflussen. Und es ist durchaus möglich, daß die Reichsregierung, um sich im Reichstag nicht überraschen zu lassen, sich für ihren Weg andere politische Unterstützung sucht.

* Aus Amsterdam sind drei Flugzeuge in Paris angekommen, die 2940 Kilo Gold im Werte von 50 Millionen Franken mitführten.

Ruhrbergbau-Notverordnung.

Aufhebung der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung.

— Berlin, 1. Oktober.

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1

Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, bei der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 27. September 1931 ergangen sind, die in dem Schiedsspruch vorgeschlagene Laufdauer der Regelung ohne Zustimmung der Parteien zu ändern.

§ 2

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Untertagearbeiter des Steinkohlenbergbaues des Ruhrgebietes und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Oktober bis zum 30. November 1931 von der Beitragspflicht zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu befreien. Sie kann die Befreiung auch auf andere Steinkohlengebiete ausdehnen und ihre Geltungsdauer über den 30. November 1931 hinaus verlängern.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Unterzeichnet ist die Verordnung vom Reichspräsidenten; gegengezeichnet haben der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Arbeitsminister.

*

Auf Grund dieser Notverordnung hat der Reichsarbeitsminister nunmehr auch den Lohnschiedsspruch für den Ruhrbergbau, der eine siebenprozentige Lohnkürzung vorsieht, für verbindlich erklärt. Die Laufzeit des Schiedsspruchs wurde auf die Zeit bis zum 30. November 1931 verkürzt.

Teilstreiks im Ruhrgebiet.

— Essen, 1. Oktober.

In der Frühschicht haben auf einzelnen Schachtanlagen kommunistische Elemente versucht, die Belegschaften zum Streik zu veranlassen. In den Bergrevieren Krefeld, Essen II und Essen III sind geringe Teile der Belegschaft der Arbeit ferngeblieben, nämlich auf Zeche Verwelheim 103 von 725 Mann, Zeche Friedrich Ernestine 211 von 397 Mann, Zeche Matthias 1/2 66 von 864 Mann, Zeche Friedrich Thyssen 4/8 77 Mann von 587 Mann, Schachtanlage Norddeutschland der Zeche Friedrich Heinrich 296 von 309 Mann. In den übrigen Revieren sind die Belegschaften fast vollzählig angefahren.

Rücktritt des chinesischen Außenministers.

* Der chinesische Außenminister Wang, der dieser Tage bei einem politischen Anschlag von Studenten schwer verwundet wurde, hat seinen Rücktritt erklärt. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige chinesische Gesandte in London, Alfred Sze, ernannt.

Verschärfung der Devisenbestimmungen.

— Berlin, 1. Oktober.

Die Devisenabzüge bei der Reichsbank haben in den letzten Tagen ziemlich stark zugenommen, was vor allem auf die Ablösung der Markguthaben auf Grund des Stillhalteabkommens zurückzuführen ist. Um die Devisenanforderungen einer genauen Kontrolle zu unterwerfen, will man eine entsprechende Verschärfung der Devisenbestimmungen vornehmen.

Nautilus wird versenkt.

Ruhmloses Ende eines Abenteuers.

Das amerikanische Schiffahrtsamt hat den Polarforscher Sir Herbert Wilkins ermächtigt, das U-Boot „Nautilus" zu versenken. Der amerikanische Konsul in Bergen wird wahrscheinlich offizieller Zeuge sein, wenn das berühmte Fahrzeug an einer tiefen Stelle der norwegischen Küste in den Fluten verschwindet.

Das Polar-U-Boot „Nautilus" war vom ersten Tage an ein Sorgenkind Das U-Boot war von den amerikanischen Marinebehörden bereits ausrangiert, als sie es Wilkins, der für seinen Plan Unterstützung erbat, zur Verfügung stellte.

Wilkins ließ nun technische Vorrichtungen einbauen, wie er sie für seine Fahrt für notwendig hielt, besonders einen Eisbohrer, der sich jedoch schon bei der ersten Berührung mit dem Eis verbog. Mehrfach erlitt das Boot Havarie und schwebte in ernster Gefahr. Als mehrere Tage von dem Boot nichts zu hören war, glaubte man es mitsamt seiner 20 Mann starken Besatzung verloren, unter der sich der Enkel Jules Vernes befand, der einzige männliche Nachkomme des Dichters.

Die Ergebnisse der Polarfahrt

des „Nautilus" waren recht kläglich und standen in keinem Verhältnis zu der großen Gefahr, in der die gesamte Besatzung ständig schwebte. Dennoch ist Wilkins sehr optimistisch, In London erklärte er: „Der „Nautilus" hat die Durchführbarkeit meiner Theorie bewiesen, daß es möglich ist, unter Packeis hindurchzufahren. Ich hoffe, den Versuch zu wiederholen, jedoch mit einem anderen Unterseeboot, das abgeändert und entsprechend den vorgefundenen Bedingungen verbessert wurde." Wilkins erklärte, eine der seltsamsten Beobachtungen war die große Sichtweite unter dem Eis. Man konnte aus dem Unterseeboot nach allen Seiten 15 bis 20 Meter weit in das Meer blicken.

Nun soll das U-Boot, das mehrere Wochen im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stand, versenkt werden. Dieses ruhmlose Ende bringt eine gewisse Entspannung, denn es wird so eine Katastrophe vermieden, die schon immer befürchtet wurde.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld.** Die Reichsbahn teilt mit, daß der Sonderzug nach Berlin mit 50 Prozent Fahrpreisermäßigung am Sonntag bestimmt fährt.



Sonntag, den 4. Oktober von 12—18 Uhr geöffnet!

Es ist Zeit für den Wintermantel

Prüfen Sie deshalb schon jetzt, wo Ihnen das Richtige geboten wird.
Wir haben für die neue Saison mit besonders glücklicher Hand disponiert. Auswahl und Qualitäten können mit Stolz als besondere Ausnahme bezeichnet werden, unsere Preise sind dabei aber so niedrig, daß sie auch in diesen „Sparzeiten" die Anschaffung möglich machen.
Sie tun gut, bald zu uns zu kommen!

Ulster
aus modernen Stoffen, auf K'Seide gearbeitet
Anzüge
moderne Streifenmuster, tragfähige Stoffe, I- und IIreihig
MARK **44.-**

Ulster
aus reinwollenen Cheviot-Stoffen, in sehr guter Verarbtg.
Anzüge
aus strapazierfähigen Kammgarnstoffen, dunkelblau und dunkel gemustert
MARK **68.-**

Ulster
aus aparten reinwoll. Stoffen modernster Musterungen
Anzüge
I- und IIreihig, dunkelblau und farbig, aus guten Kammgarnstoffen, in bester Verarbeitung
MARK **85.-**

Kreplin
BIELEFELD OBERNSTRASSE 17
Das führende Spezialhaus für den Herren und Knaben

Geprüfte
Schneidermeisterin
mit guten Referenzen, sucht Wirkungskreis. Uebernimmt auch Unterricht von Nähkursen in Gemeinden. Angebote unter A 1919 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Wo findet stellenloser, idealgesinnter junger Mann (19 J. alt)
Stelle
als Kaufmannsgehilfe und dabei Gelegenheit zur Weiterbildung? Angebote unter A 1911 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts".

Dauermieter
oder ein bis zwei j. Mädchen z. Erlernung guter Küche finden bei mäßigem Pensionspreis
Aufnahme
in ruhigem, kl. Villenhaushalt. Für Erholungsgäste Tagespreis 3.75 bis 4 Mk. Gesunder Aufenth., nahegeleg. schöne Spaziergänge.
Frl. von Otterstedt, Ballenstedt-Harz, Post-Str. 61.

Schneiderin
perfekt in sämtl. Damen- und Kindergarderobe, sucht noch Kundschaft in und außer dem Hause.
Frieda Heinrichs, b. Kleine, Brackwede, Im Hagenbrock 14.

Erholungsbedürftige
Knaben
(2—3) finden in **Pfarrhaus**, unmittelbar an der Nordsee, gute Aufnahme. 80—90 Mk. monatl. Zuschriften unter A 1918 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Sonnige
Parterrewohnung
in Bad Nassau a. d. Lahn, drei Zimmer mit Küche, Bad, Loggia billig zu vermieten.
Grevel, Nassau, Bahnhofstr.

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, **die in geistiger Not sind,** finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preise im
Erholungsheim Haus Friedensruh
in Laufen/Eyach, O/A Balingen (Württbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten **an die Leitung des Hauses.**

Mein echter
Tilsiter Vollfettkäse
mit 48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM 0.80 pro Pfd. Versend erfolgt nur in Postkollis unt. Nachn., Porto u. Verpackung frei.
Friedrich Stolzka
Dampfmolkerei Jedwillelten, Post Motzweihen. Tilsiter Niederung.

Kur-Anstalt Erholungsheim
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein - Hochharz
unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

Der Emder Kohlversand hat begonnen!
Ich offeriere:
Prima Weißkohl per 100 Pfd. RM 3.-, Prima Rotkohl per 100 Pfd. RM 4.-
gegen Nachnahme einschließlich Verpackung ab Station Emden.
Otto Drost, Landesprodukte, Emden (Ostfld.), Postfach 198.

Zum Anlegen von Leimgürtein
an den Bäumen gegen den Frostspanner **ist es jetzt Zeit.** Material hierzu bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel b. Bielefeld
Ebenso
Blumenzwiebeln
und
Erdbeerpflanzen
in bester Güte und Sorten.
Preisliste gern auf Wunsch.

Der diesjährige
Heidschnuckenlammfleisch-Versand
hat begonnen. Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch eins hl. Porto und Verpackung 8,50 M. Größere Mengen, Bahnversand, Angebot auf Anfrage.
Arbeiter - Kolonie, Freistatt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover)

Liebhaber-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Mädchen.**
Donnerstag abend: Lautenchor in Bethabara.

— Donnerstag abend 8½ Uhr in Gosen
Blaukreuzstunde
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts". Christliches Tageblatt Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.